

BÜCHER

Makroökonomische Ursachen der Arbeitslosigkeit

Rezension von: Wolfgang Filc, Claus Köhler (Hrsg.), *Macroeconomic Causes of Unemployment: Diagnosis and Policy Recommendations*, Duncker & Humblot, Berlin 1999, 442 Seiten, öS 1.445,-.

Das Institut für Empirische Sozialforschung veranstaltete im März 1998 ein Symposium zum wohl vordringlichsten wirtschaftlichen, sozialen und politischen Problem der meisten OECD-Länder in den neunziger Jahren, der anhaltend hohen Arbeitslosigkeit.

Sowohl die Diskussion auf internationaler Ebene (OECD, EU) als auch der Diskurs in vielen von hoher Arbeitslosigkeit betroffenen europäischen Ländern – besonders in Deutschland – werden noch von der neoklassisch inspirierten mikroökonomischen Sichtweise des Phänomens dominiert. Arbeitslosigkeit wird von Vertretern dieser Orthodoxie überwiegend als strukturelles Problem des Arbeitsmarkts diagnostiziert, welches ausschließlich durch Veränderungen auf diesem Markt beseitigt werden könne, nämlich durch Schaffung zusätzlicher Anreize für Unternehmungen, mehr Personen zu beschäftigen, und für Arbeitslose, eine Stelle auch dann anzunehmen, wenn die Entlohnung nicht jener des jeweils letzten Arbeitsverhältnisses entspricht.

Neben zu hohen Reallöhnen ist diese ‚strukturelle‘ bzw. ‚klassische‘ Arbeitslosigkeit aus dieser Perspektive das Ergebnis wachstums- und beschäfti-

gungsbehindernder Regulierungen, welche die Arbeitskosten erhöhen und Produktionsmöglichkeiten unrentabel werden lassen. Zur Begründung des Anstiegs der Arbeitslosigkeit wird häufig auch auf eine zunehmende ‚inflationss stabile Arbeitslosigkeit‘ (NAIRU – *non-accelerating-inflation-rate of unemployment*) hingewiesen.

‚Klassische‘ Arbeitslosigkeit entsteht nur auf dem Arbeitsmarkt und ist auch ausschließlich dort zu bekämpfen, unabhängig von den Zusammenhängen mit den Güter- und Kapitalmärkten. Sie stellt ein rein reales Phänomen dar, dem durch monetäre Maßnahmen nicht beizukommen ist, und sie bildet ein mikroökonomisches Problem, welchem durch entsprechende Korrekturen (Deregulierung etc.) beizukommen ist. Gemäß dieser Sichtweise ist makroökonomische Politik zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit nicht bloß unwirksam, sondern sogar kontraproduktiv – sie würde die Probleme eher noch verschlimmern. Neben Maßnahmen zur Deregulierung und Flexibilisierung auf dem Arbeitsmarkt ist demnach entscheidend, daß die Arbeitskosten längerfristig langsamer als die durchschnittliche gesamtwirtschaftliche Arbeitsproduktivität steigen und somit die Lohnstückkosten fortwährend sinken.

Die meisten der zu dem eingangs genannten Symposium eingeladenen Ökonomen vertreten bezüglich des Problems der Arbeitslosigkeit eine andere Ansicht. Die wissenschaftliche Tagung sollte dazu dienen, die insbesondere in Deutschland sträflich vernachlässigten makroökonomischen Aspekte der Arbeitslosigkeit ausführlich zu diskutieren.

Die insgesamt zwanzig Beiträge sind, wie das in Sammelbänden meist der Fall ist, sehr heterogen, und leider stellen nicht alle Verfasser makroökonomische

Bezüge in den Vordergrund der Überlegungen. Alles in allem geht dennoch aus dem vorliegenden Band klar hervor, daß eine bloß angebotsseitig und mikroökonomisch orientierte Strategie zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit viel zu kurz greift. Die zentrale Schlußfolgerung ist, daß makroökonomische Maßnahmen einen notwendigen Bestandteil der Beschäftigungspolitik bilden.

Folgende wichtige Ergebnisse wurden von den Teilnehmern des Symposiums herausgearbeitet:

- Alle Beiträge (bis auf einen) sehen rasches Wirtschaftswachstum als wichtigste Voraussetzung für steigende Beschäftigung.
- Die meisten Autoren betonen, daß unzureichende gesamtwirtschaftliche Nachfrage ein wesentlicher Grund der anhaltend hohen Arbeitslosigkeit ist. Immer bedeutsamer wird eine hinreichend rasche Entwicklung der Nachfrage nach Dienstleistungen mit schwachem Produktivitätsfortschritt.
- Eine Notenbank, die nach absoluter Preisstabilität strebte, würde eine Verringerung der Beschäftigungsquote herbeiführen. Eine moderate Inflation von bis zu 4% hingegen würde eine höhere Flexibilität der Reallohnstrukturen ermöglichen: Im Unterschied zum Fall weitgehend konstanter Preise wären Änderungen in der Reallohnstruktur unter diesen Bedingungen auch ohne Nominallohnsenkungen zu erzielen.
- Im Sinne der Vermeidung von realen Reibungsverlusten in Form höherer Arbeitslosigkeit ist dem Zusammenwirken zwischen Geld- und Fiskalpolitik sowie zwischen Geld- und Lohnpolitik in der EU verstärkte Aufmerksamkeit zu widmen.
- Entwicklungen auf den Finanzmärkten haben immer Auswirkungen auf die reale Wirtschaft, auf Einkommen und Beschäftigung.
- Die verstärkte Internationalisierung der wirtschaftlichen Beziehungen ist nicht unbedingt gleichbedeutend mit Arbeits-

platzverlusten im Inland. Ausländische Direktinvestitionen heimischer Unternehmen können auch Arbeitsplätze im Inland schaffen.

- Aus der Sicht der meisten Autoren vorteilhaft sind konzertierte mikro-, meso- und makroökonomische Maßnahmen auf der Grundlage einer beschäftigungspolitischen Gesamtstrategie, welche neben den staatlichen Akteuren auch die Sozialpartner einbindet.

Von besonderem Interesse aus österreichischer Perspektive ist der Beitrag von Ewald Nowotny: *'The Role of Macroeconomic Policy in Overcoming Slow Economic Growth. International Comparisons and Policy Perspective'*. Nowotny analysiert den Zusammenhang zwischen Wirtschaftswachstum und Beschäftigung sowie die Rolle der Geld- und der Fiskalpolitik für die gesamtwirtschaftliche Entwicklung. Die Hauptursache für die hohe Arbeitslosigkeit in Westeuropa ist das schwache Wirtschaftswachstum, welches in den meisten Ländern unter der Beschäftigungsschwelle blieb.

Die unzureichende Dynamik ist in erster Linie das Resultat restriktiver Geldpolitik, die vorrangig auf Preisstabilität abzielte. Mittel- und längerfristig ist die Relation zwischen Zinssatz und Wachstumsrate des Sozialprodukts von entscheidender Bedeutung: Liegt der Zinssatz über der Wachstumsrate, müssen Unternehmungen und öffentliche Hände jeweils einen primären Überschuß erzielen, um ihre Schuldenquote zu stabilisieren.

Seit Ende der siebziger Jahre ist genau dies der Fall: Der Zinssatz liegt über der Wachstumsrate. In den neunziger Jahren stiegen die Unternehmensgewinne deutlich, aber dies führte nicht zu höheren Realkapitalinvestitionen, denn die Unternehmungen verwendeten diese zur Verringerung ihrer Netto-Verschuldung. Die hohen Realzinsen machten zudem Investitionen in Finanzkapital attraktiver. All dies trug zu einer erheblichen (und

anhaltenden) Senkung der Netto-Kreditaufnahme des Unternehmenssektors bei. Letzteres mußte 'automatisch' durch eine höhere Netto-Kreditaufnahme von seiten der öffentlichen Hände ausgeglichen werden.

Zurückhaltende Lohnpolitik ist gemäß Nowotny kein geeignetes Instrument zur Beschäftigungsschaffung. Sowohl in Deutschland als auch in Österreich sank die Lohnquote über mehrere Jahre hinweg, und gleichzeitig stieg die Arbeitslosigkeit.

Makroökonomische Politik, welche stärkere wirtschaftliche Fluktuationen und sprunghaftes Ansteigen der Arbeitslosigkeit in Rezessionen zu verhindern trachtet, muß auf enger Kooperation zwischen Fiskal-, Geld- und Einkommenspolitik beruhen. In Österreich war dies

der Fall. Die indirekt (via Musterabschluß im Leitsektor, der Metallindustrie, und Orientierung der übrigen Lohnabschlüsse an diesen Ergebnissen) koordinierte Lohnpolitik ermöglichte ein hohes Maß an makroökonomischer Reallohnflexibilität. Die beschäftigungspolitische Strategie, die sowohl makro- als auch mikroökonomische Elemente enthielt, war zwischen Regierung und Sozialpartnern abgestimmt. Die Erfahrungen Österreichs und anderer Länder mit funktionierenden neokorporatistischen Systemen verweisen auf die Vorteile eines koordinierten Handelns aller wesentlichen wirtschaftspolitischen Akteure und auf die Notwendigkeit, auf der Ebene der EU die entsprechenden Kooperationsmechanismen zu stärken.

Michael Mesch